

Hohes Niveau im Spiel

Bodo Ramelow: „Der Club und der plaudernde Minister“, FR-Politik v. 25.1.

Die Äußerungen des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow sind unerträglich, unverschämt und in hohem Maß empörend. Er scheint ziemlich gelangweilt in den Videokonferenzen zu sein, wenn er nebenbei Computerspiele spielen kann. Man muss sich das mal vorstellen, bei diesen Konferenzen geht es um das Wohl der Bevölkerung, den Gesundheitsschutz und um politische Strategien, Wege aus dem Teufelskreis der Beschränkung unserer Freiheit zu finden. Und was machte der Ministerpräsident? Er spielt und freut sich über ein erreichtes hohes Niveau im Spiel. Das nenne ich verantwortungslos. Ihm fehlt es an der notwendigen Ernsthaftigkeit. Und dann als Erklärung auch noch die weiteren Teilnehmer der Konferenzen mit hineinzuziehen, mit der Bemerkung, dass diese es ebenfalls so machen würden, nur eben mit Schach etc. Wie charakterlos! Als Steigerung kommt dann noch die respektlose Bemerkung über unsere Bundeskanzlerin hinzu.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten sich schämen. Auf welchem Niveau sind Sie angekommen. Sie zerstören das Vertrauen in die politisch handelnden Personen und das ernsthafte Ringen um die richtigen Entscheidungen in der Pandemie. Kein Wunder, dass die Zustimmung in der Bevölkerung sinkt.

Dieter Schedler, Schwalbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210125.

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Schnell raus aus der Kohle!

Fridays for future: „Lieber Alexei B. Miller“, FR-Meinung vom 22. Januar

Ich finde es gut, dass „Fridays for future“ freitags auf der Meinungsseite schreiben. Aber den obigen Brief gegen Nord Stream 2 kann ich nicht nachvollziehen. Ich dachte, wir wollen schnellstmöglich keine Braunkohle mehr nutzen und alle Dörfer erhalten, wir wollen endgültig auf Atomkraft und Atommüll verzichten, wir wollen kein Fracking machen und auch kein Fracking-Flüssiggas importieren. Dann wollen wir auf Kohle verzichten und nun lese ich: Erdgas und Nord Stream 2 sei keine Brückentechnologie. Ich meine nicht Privathaushalt und Verkehr, ich meine die ganze Industrie, Ver- und Entsorgung, Gesundheitswesen – die dort benötigte Energie kann nicht auf die Schnelle mit Windrädern und Solarpaneelen ersetzt werden, selbst wenn die Autoindustrie und andere einbrechen und wegen Corona noch mehr einbrechen werden.

Über die „Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ hätte ich gern Genaueres gewusst, wenn dort belegt wird, wie die produzierende Industrie und große Energieverbraucher wie z.B. Kliniken von heute auf morgen auf ausschließlich erneuerbare Energie umstellen können.

Annette Müller, Frankfurt

Jetzt wäre Zeit für ein wenig Optimismus

Firmen stellen weniger Impfstoff her: „So nicht“, FR-Meinung vom 25. Januar

Versäumnisse sollten sich in Wahlen niederschlagen

Ich habe als Betroffener (85 Jahre alt) nach einigen Telefonaten – Main-Kinzig-Kreis – die Nachricht erhalten, dass Impftermine erst ab Mitte Februar (immerhin 2021) zur Verfügung stehen, weil bis dahin kein Impfstoff vorhanden ist. Die Politiker, gleich welcher Couleur, sollten bedenken, dass wir Alten überwiegend bis zu den nächsten Wahlterminen leben. Ich hoffe, dass sich die Versäumnisse der letzten Monate bei den Wahlen bemerkbar machen werden. Von welchen Flaschen werden wir regiert!

Joachim Kietzmann, Bruchköbel

Jens Spahn, der Ankündigungsminister

Es ist immer wieder erstaunlich, dass nicht Leistung, sondern vielmehr selbstgerechtes Auftreten Politiker an die Spitze der Beliebtheitsskala spült. Lässt man Corona Revue passieren, ist Jens Spahn (CDU) eigentlich nur als Ankündigungsminister aufgefallen. Die Umsetzung seiner Projekte ließ meist zu wünschen übrig, was ihn übrigens nicht sonderlich von seiner Chefin unterscheidet. Erinnert sei an die missratene Maskenbeschaffung, den Flop der vollmundig angepriesenen Corona-App und das bis heute fehlende Konzept zum effektiven Schutz der Pflegebedürftigen und ihres Pflegepersonals. So verwundert es nicht, dass der sich im Umfragehoch suhlende Spahn die berechtigten Fragen der SPD zur unbefriedigenden Impfsituation mit bemerkenswerter Arroganz zurückweist. Angesichts von Spahns Beliebtheit muss sich unsereiner schon sehr zurücknehmen, um sich nicht Adenauers ebenso legendären wie zynischen Worten über die allgemeine Dummheit anzuschließen.

Naiverweise hätte ich von einem Gesundheitsminister erwartet, dass er sich in dieser prekären Corona-Situation sieben Tage in der Woche 24 Stunden am Tag um Verbesserungen bemüht. Stattdessen hatte er, von der Öffentlichkeit weitgehend übersehen, im Dezember Zeit, bei der Verleihung der Springer-Awards für den Coronaleugner Elon Musk als Laudator aufzutreten. Dass es sich da-

bei um eine maskenfreie Veranstaltung mit illustren Gästen aus der Wirtschaft handelte, rundet das negative Bild ab.

Aber wundern darf man sich darüber nicht, ist doch unser Land seit langer Zeit mit seinen Gesundheitsministern geschlagen: Beginnend mit der überforderten Andrea Fischer (1998-2001), dann Ulla Schmidt (2001-09), die unserem Gesundheitssystem wohl den meisten Schaden zugefügt hat, dann Rösler (2009-11) und Bahr (2011-13), in dessen Amtszeit die Veröffentlichung der von Parlament und Minister ignorierten Pandemie-Studie fällt, die bei entsprechender Beachtung und Umsetzung äußerst hilfreich gewesen wäre. Ihm folgte der als weitgehend untätig erinnerliche Gröhe, und „Hoffnungsträger Spahn“. Es kann eigentlich nur besser werden.

Rainer Boos, Frankfurt

Ständiger Pessimismus ist zermürbend

Seit Wochen sinkt die Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner, seit Tagen sind die Zahlen wieder verlässlich und sinken deutlich. Bei anhaltendem Trend ist es mehr als möglich, den Schwellenwert von 50 Mitte Februar zu unterschreiten. Es besteht zwar immer noch Grund zur Besorgnis, aber wäre dieser anhaltend positive Trend nicht einen optimistischen Artikel wert?

Die Menschen geben sich solche Mühe, gemeinsam die Zahl der Neuinfektionen zu drücken, und nun, da wir auf einem guten Weg sind, haben sie Optimismus und Anerkennung verdient. Stattdessen bekommen sie jeden Tag fast ausschließlich negative Nachrichten zu hören, weil diese sich ja angeblich so gut verkaufen. Dieses scheinbar eiserne Gesetz gilt vielleicht in normalen Zeiten, es sind aber keine normalen Zeiten. Die Menschen sehnen sich danach zu sehen, dass sich ihre Mühen lohnen. Andauernder Pessimismus zermürt und schafft ein Reizklima, dass im Superwahljahr gefährlich werden kann. Optimismus, Hoffnung und Anerkennung kann sicherlich auch motivierend wirken, um die kommenden Wochen der harten Einschränkungen gemeinsam durchzustehen.

Juri Diels, Mainz

Verschärfte Herdenproblematik

Es ist ein Drama. Die Regierung gaukelt uns vor, dass im Laufe des Jahres eine Herdenimmunität durch Impfung bei der Lösung des Problems helfen könnte. Nicht endende Durchhalteansagen helfen nicht. Wer sich ein wenig mit der Sache befasst, weiß, dass bei den gegebenen Randbedingungen und den sehr geringen Kenntnissen über eine Impfungssimmunisierung eine Herdenimmunität fraglich ist. Die vielfache Virulenz des britischen Mutanten verschärft die ganze Herdenproblematik durch Impfen noch zusätzlich.

Die Regierung ist der Ansicht, dass sie mit ihrer Durchhaltebeschallung von der Notwendigkeit eines Langzeitkonzeptes ablenken kann. Die noch nicht zu beziffernde Übersterblichkeit des Einzelhandels hat die Regierung nicht mal ansatzweise auf dem Schirm.

Am Strand immer wieder neue, etwas größere Sanddämme zu errichten, reicht nicht. Diese Erfahrung haben schon die am Strand spielenden Kinder dadurch verinnerlicht, dass sie immer wieder zusehen mussten, wie der neue, etwas größere Damm aufweichte und schließlich zerbrach.

Hans Peter Stolz, Bad Hönningen

Maas hat ein gefährliches Fass aufgemacht

Wer die Bevorzugung von schon Geimpften fordert, sollte auch eine Lösung liefern, wie dennoch die Spaltung der Gesellschaft verhindert werden kann. Will er den innerdeutschen Krieg auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung? Schließlich müsste er auch erklären, wie allen in sehr kurzer Zeit eine wirksame Impfung zu verabreichen wäre. Analog der Grippe-Impfung.

Andererseits ist noch gar nicht geklärt, ob schon die erste Spritze für einen vollständigen Schutz ausreicht und für wie lang. In der gegenwärtigen Situation ist es nicht hilfreich, auch noch dieses gefährliche „Fass“ aufzumachen.

Ralf A. Dressel, Grabfeld

Diskussion: frblog.de/privilegien

Militärische Präsenz anstelle von nachhaltiger Strategie

Krisen in der Sahelzone: „Konflikt oder Chance?“, FR-Meinung vom 11. Januar

Dem Kommentar von Johannes Dieterich ist voll zuzustimmen. Leider zeigt sich die deutsche Regierungspolitik als beratungsresistent zu den Militäreinsätzen in der Sahel-Zone. Bereits 2007 wurde vom „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltfragen“ unter dem Titel „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ prognostiziert, dass durch Untätigkeit ab 2020 mit „klimainduzierten Gesellschaftskrisen und Sicherheitsproblemen“ in dieser Region zu rech-

nen sei. Statt Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fördern, wie z.B. ein prinzipiell zwar vorhandenes, aber kaum vorankommendes Wiederaufforstungsprogramm für die Sahel-Zone, setzt man plan- und ziellos allein auf eine kostspielige, kontraproduktive militärische Präsenz.

Es ist kein Zufall, dass die „Terrorbekämpfung“ vor allem dort erfolgt, wo eine Ausplünderung von Ressourcen erfolgt, die den jeweiligen Ländern nicht zugute kommt. Johannes Dieterich

erwähnt in seinem Beitrag Nigeria und dessen Erdöl. Zu ergänzen wäre, dass in Niger der Uranabbau für Frankreichs Atomkraftwerke essentiell ist, mit ähnlichen Konsequenzen.

Deutschland könnte sich mit dem Ausbau erneuerbarer Energien im eigenen Land von solchen Abhängigkeiten lösen. Stattdessen soll künftig im Nordwesten Afrikas Wasserstoff für Deutschland erzeugt werden – als Ersatz für fossile Brennstoffe. Ein wahnwitzige Idee, mit der

Deutschland neue Konflikte programmiert, denn dies ist abhängig von „stabilen“ politischen Verhältnissen im Sinne des Beispiels Saudi-Arabien. Auserwählt als neuer Rohstofflieferant ist Marokko, dessen jahrzehntelange koloniale Besetzung der Westsahara von Donald Trump abgesehen wurde. Energiewende und reduzierte Ressourcenabhängigkeit lassen sich nur durch Entmilitarisierung der Wirtschafts- und Außenpolitik erreichen.

Karl-Heinz Peil, Frankfurt